



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 7. November 2017

Debatte nicht auf „unbezahlte Leistungen“ beschränken!

Reinhardt: Druck des Budgetdeckels deformiert seit Jahrzehnten das gesamte Gesundheitssystem

Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, drängt darauf, die Diskussion über das notwendige Ende der Budgetierung nicht auf die bloße Debatte über gedeckelte Honorare zu reduzieren. „Bei aller Notwendigkeit, über diese Probleme zu reden, springen wir zu kurz, wenn wir nur über unbezahlte Leistungen sprechen. Wir müssen deutlich machen, dass sich unter dem Druck dieses Deckels das gesamte Gesundheitssystem deformiert hat“ sagte Reinhardt.

Die Budgetierung der Gesamtvergütung, mit ihrer sogenannten „befreienden Wirkung“ stehe für zentrale Fehlentwicklungen des Honorar- und damit in weiten Teilen auch des gesamten Gesundheitssystems. Die mit der Deckelung der Honorare manifestierte Diskrepanz zwischen Behandlungsbedarf und zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen führe nicht nur regelmäßig zu unbezahlten ärztlichen Leistungen „Die mit der Begrenztheit der Mittel zwangsläufig einhergehenden komplizierten und immer wieder auch als ungerecht empfundenen Verteilungsmechanismen wie Fallzahl- und Quartalsorientierung und damit einhergehende Optimierungsstrategien auf allen Seiten, führen zu fatalen Fehlanreizen im System“, sagte Reinhardt.

Es gehe also bei der notwendigen Diskussion über das budgetierte System nicht nur um die Aufhebung des Deckels auf einem Honorartopf, sondern man bewege sich in einer Debatte um eine grundsätzliche Neuaufstellung des Vergütungssystems. „Dazu gehört dann endlich auch der Mut einer künftigen

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Andrea Reich (Sekretariat)

Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsleitung
Kurfürstenstraße 132
10785 Berlin

Internet: www.hartmannbund.de

Gläubiger-ID
DE48 1000 0000 3900 15
Deutsche Apotheker-
und Ärztebank eG Düsseldorf
IBAN DE10 3006 0601 1201 0850 18
BIC DAAEDEDXXX
Ust.-Nr.: 27/620/56879

Regierung, Themen wie Patientensteuerung, Selbstbeteiligung und Kostenerstattung ideologiefrei und mit Blick auf eine nachhaltige Sicherung unseres Gesundheitssystems auf die Tagesordnung zu setzen. Nicht zuletzt die Tatsache, dass die Krankenkassen sich mit dem Hinweis auf die befreiende Wirkung der Gesamtvergütung seit Jahren aus ihrer Verantwortung für Morbiditätsanstieg und erhöhten Leistungsbedarf heraus zu stellen versuchen, sei Anlass genug, die Diskussion energisch zu führen.